



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

64. Sitzung (öffentlich)

28. Oktober 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:35 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/11100	
	Vorlage 17/3969 (Erläuterungsband) Vorlage 17/4014	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
2	Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW	18
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

- 3 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 25**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 4 „Stärkungspakt Luftverkehr“: Arbeitsplätze an Flughäfen und bei Fluggesellschaften während und nach der Coronakrise sichern – Sofortmaßnahmen ermöglichen und Luftverkehrsteuer abschaffen 28**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9042
- Stellungnahme 17/2854
Stellungnahme 17/2855
Stellungnahme 17/2861
Stellungnahme 17/2865
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
 - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.
- 5 Industriepolitik statt „Klima“-Politik – Die Landesregierung muss sich gegen die industriefeindlichen Vorschläge der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wehren! 31**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11167
- Wortbeiträge
- 6 Der Dortmunder Hafen braucht eine nachhaltige Zukunftsperspektive! – Die Landesregierung muss den Bau einer zweiten Schleuse gegenüber dem Bundesverkehrsminister mit Nachdruck einfordern 32**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8782
- Ausschussprotokoll 17/1101 (Anhörung vom 02.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

7 Den gerechten Lohn der Vielen besser schützen: Mindestlohnbetrügern endlich das Handwerk legen – Mindestlohn muss wirksam umgesetzt und kontrolliert werden!

33

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8779

Ausschussprotokoll 17/1111 (Anhörung vom 09.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

8 Tarnen, täuschen und verschleiern: Die Informationspolitik der Landesregierung ist eine Farce! – Was ist mit dem Neubau der Leverkusener Rheinbrücke?

34

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9034

Ausschussprotokoll 17/1128 (Anhörung vom 23.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

- 9 Förderfreie Photovoltaikanlagen: Was tut die Landesregierung, damit NRW den Anschluss bei der nächsten Phase der Energiewende nicht verliert?** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])* **35**
- Vorlage 17/3911
- Wortbeiträge
- 10 Stabilisierung von thyssenkrupp Steel Europe – Grundlagen für die Stahlindustrie von morgen erhalten** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **36**
- Wortbeiträge
- 11 Verschiedenes** **37**
- keine Wortbeiträge

4 „Stärkungspakt Luftverkehr“: Arbeitsplätze an Flughäfen und bei Fluggesellschaften während und nach der Coronakrise sichern – Sofortmaßnahmen ermöglichen und Luftverkehrssteuer abschaffen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9042

Stellungnahme 17/2854
Stellungnahme 17/2855
Stellungnahme 17/2861
Stellungnahme 17/2865

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend – sowie an den Verkehrsausschuss am 30.04.2020)

Christian Loose (AfD) führt aus, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen habe sehr eindrücklich beschrieben, was auf dem Spiel stehe. 80 % der 180.000 Beschäftigten an 22 Flughäfen in Deutschland befänden sich in Kurzarbeit. Regionalflughäfen hätten schon vor Corona Probleme gehabt. Das zwischenzeitlich auf 20 % des Vorjahres gesunkene Flugaufkommen habe nun wieder etwas gesteigert werden können.

Im Laufe des Tages werde vermutlich beschlossen, den Bürgern nahezu legen, private Reisen zu unterlassen. Das führe zu weiteren Einschnitten für die Flughäfen. Während Fluggesellschaften wie Lufthansa mit staatlichen Milliarden unterstützt würden, weise der Verband der Deutschen Verkehrsflughäfen daraufhin, dass die Flughäfen bislang leer ausgegangen seien und fordere, nicht nur für das Wiederhochfahren des Luftverkehrs eine Aussetzung der Steuer ins Auge zu fassen.

Ein Praktiker habe in seiner Stellungnahme beeindruckend klargestellt, dass eine Abschaffung der Luftverkehrssteuer den Standort Deutschland stärke und jede Belastung des Flugverkehrs mittelbar auch das Transport- und Lagergewerbe sowie alle Dienstleister vom Reparatur- bis Servicebetrieb und vom Sicherheitspersonal bis zum Reiseveranstalter belaste.

Die Luftverkehrssteuer sei wettbewerbsverzerrend – so die Stellungnahme –, weil der Flugverkehr wie kaum ein anderer Industriezweig weltweiter Konkurrenz ausgesetzt sei. Menschen nähmen Umwege über andere Flughäfen in Kauf, um entsprechende Steuern zu sparen.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) legt dar, die Luftverkehrssteuer habe das Ziel, die steuerliche Betterbehandlung des Luftverkehrs gegenüber anderen Verkehrsmitteln etwas zu verringern. Der Luftverkehr sei noch immer von der Mineralölsteuer, der Ökosteuer und der Mehrwertsteuer auf internationale Tickets befreit.

Gleichzeitig diene die Luftverkehrssteuer als Steuerungsinstrument und berücksichtige den Klimabeitrag des Luftverkehrs; denn dieser trage nicht unmaßgeblich zum Klimawandel bei. Bis heute werde der durch Fluglärm, Abgase und Feinstaub verursachte Gesundheitsschaden bei der Bevölkerung im Wesentlichen durch die Allgemeinheit oder durch das geschädigte Individuum getragen.

Viele Experten forderten eine Weiterentwicklung der Luftverkehrssteuer durch eine klimadifferenzierte Ausgestaltung.

Die deutsche Luftverkehrssteuer sei keineswegs ein nationaler Alleingang. Ähnliche Steuern würden in Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Norwegen oder Schweden erhoben. Auch Australien und die USA erhoben derartige Steuern.

Die steuerliche Belastung eines Tickets liege in Großbritannien bei mehr als 40 Euro, während sie in Deutschland 18 Euro betrage.

Es solle bei der Luftverkehrssteuer in bisheriger Form bleiben. Im Übrigen werde sie an die Passagiere durchgereicht, sodass ein Flughafen nicht von deren Abschaffung profitiere.

Die Kaufentscheidung für ein Ticket hänge nachgewiesenermaßen nicht nur vom Preis, sondern auch von der Destination und der Qualität der Verbindung zwischen Start- und Zielflughafen ab.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) schickt voraus, die Verantwortung für die Luftverkehrssteuer liege beim Bund. Zudem suggeriere der Antrag, die Landesregierung habe sich bislang nicht um die Flughäfen gekümmert. Das sei nicht korrekt. Der Landesentwicklungsplan habe beispielsweise alle Flughäfen in Nordrhein-Westfalen als wichtig eingeordnet.

Die Anhörung habe aktuell Probleme bei allen Flughäfen aufgezeigt, auch wenn es nach dem starken Einbruch der Passagierzahlen zu einer leichten Wiederbelebung gekommen sei.

Eine Abschaffung der Luftverkehrssteuer sei nicht der richtige Ansatz; denn die Luftverkehrssteuer diene auch dem Klimaschutz. Dies sei wichtig für die Zukunft der Flughäfen. Es werde zu einer Neuausrichtung der Flughäfen kommen, um dem Klimaschutz Rechnung tragen zu können. Stichwort sei zum Beispiel das Fliegen mit Wasserstoff. Solche neuen Ideen müssten ausprobiert und umgesetzt werden können; dafür werde die Infrastruktur der Flughäfen benötigt.

Bodo Middeldorf (FDP) unterstreicht, die FDP stehe ohne Wenn und Aber zu den Flughäfen in NRW. Das gelte nicht nur für die beiden großen Flughäfen, sondern auch für die Regionalflughäfen.

In der aktuellen Situation müsse den Flughäfen geholfen werden. Genau das geschehe durch die Landesregierung in Form der Hilfen für öffentliche Infrastruktur.

Auch die FDP habe sich für eine Reform der Luftverkehrssteuer stark gemacht. Dafür habe es auf Bundesebene leider keine Mehrheit gegeben. Die Landesregierung habe

sich zu diesem Thema aber nicht undifferenziert eingebracht, sondern sich gefragt, wofür man im Sinne der Luftverkehrswirtschaft die eingenommenen Mittel einsetzen könne. Nordrhein-Westfalen als drittgrößter Industriestandort für Luft- und Raumfahrt in Deutschland müsse Forschung, Entwicklung und Erprobung neuer Materialien, neuer Antriebstechnologien und neuer Treibstoffarten voranbringen. Dafür das Geld einzusetzen, sei richtig.

Über die Perspektiven der Flughafeninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen müsse man sich Gedanken machen. Er sehe durchaus große Potenziale gerade für Mittelstreckenflüge. Aktuell werde an der Entwicklung von Flugtaxi, Mittelstreckenflugzeugen, neuen Antriebssystemen und leiseren Flugzeugen gearbeitet. All das werde auch in Zukunft eine effektive Flughafeninfrastruktur erfordern. An der Stelle müsse angesetzt werden.

Zudem handele es sich bei der Luftverkehrssteuer um eine umsatzbezogene Abgabe.

Horst Becker (GRÜNE) hebt hervor, der Rückgang der Flugbewegungen habe ganz offensichtlich überhaupt nichts mit der Luftverkehrsabgabe, sondern mit der Coronakrise zu tun.

Mit Blick auf die Klimakrise sei richtigerweise im April die – eher zu niedrige – Luftverkehrssteuer eingeführt worden. Die Einnahmen dienten der Kompensation zur Mehrwertsteuersenkung bei der Bahn und stellten somit ein Lenkungsinstrument dar. Das habe nichts mit der Krise der Flughäfen zu tun.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

